

Verbraucher auf dem Finanzmarkt stärken

Phoenix – Lehman – Kaupthing. Diese Namen wurden in der Finanz- und Wirtschaftskrise für viele Menschen zum Inbegriff der Sorge um ihr Vermögen und ihre Altersvorsorge. Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Stabilität des Finanzsystems und die Seriosität von Kreditinstituten und Finanzdienstleistern ist seitdem beschädigt.

Seit 2009 entwickelt die SPD-Bundestagsfraktion Konzepte, um den Finanzmarkt im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher zu regulieren und das verlorene Vertrauen wieder zu gewinnen.

Dabei gibt es viel zu tun:

- die Rechte der Anlegerinnen und Anleger weiterentwickeln
- die Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Finanzmarkt stärken
- eine wirksame Aufsicht über den deutschen Finanzmarkt sicherstellen
- Verbraucherinnen und Verbrauchern leichteren Zugang zu unabhängigen Finanzinformationen verschaffen

Durch fehlerhafte Beratung, unfaire Vertriebsmethoden und kaum verständliche Erläuterungen der Finanzprodukte („Beipackzettel“) haben Anlegerinnen und Anleger viel Geld verloren. Sie brauchen Unterstützung in der komplexen Welt der Finanzmärkte.

Wir wollen neue Strukturen schaffen, um Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu schützen. Wir brauchen Transparenz, damit jeder Interessent seine Finanzanlagemöglichkeiten verstehen kann, bevor er oder sie Geld investiert. Risiken, Kosten und Leistungen von Finanzprodukten müssen erkennbar und vergleichbar sein. Wir brauchen eine Aufsicht, die gewährleistet, dass geltendes Recht eingehalten wird.

Wirksame Finanzaufsicht

Eine der wichtigsten Lehren aus der Finanzkrise lautet, dass künftig kein Akteur, kein Produkt und kein Markt mehr ohne Regulierung sein darf. Doch zur Durchsetzung der Gesetze ist eine starke Finanzaufsicht unerlässlich.



Kein Akteur, kein Produkt und kein Markt ohne Regulierung.

2002 führte die rot-grüne Koalition die drei Aufsichtsämter für das Kreditwesen, das Versicherungswesen und den Wertpapierhandel zur Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zusammen. Diese Allfinanzbehörde beaufsichtigt seither tausende von Akteuren auf dem deutschen Finanzmarkt.

Die gewerblichen Vermittler und Berater im Finanz- und Versicherungsbereich allerdings unterliegen der Aufsicht der kommunalen Gewerbebehörden. Wegen des persönlichen Kontakts mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern ist eine schlagkräftige Aufsicht hier jedoch besonders wichtig. Die Erfahrung zeigt, dass die kommunale Gewerbeaufsicht nicht in der Lage ist, bundesweit tätige Finanzdienstleister wirksam zu überwachen, zudem fehlt es ihr dafür an qualifiziertem Personal. Deshalb wollen wir der BaFin die Aufsicht über freie Finanzvermittler-, -makler und -berater übertragen.

Die Befugnisse der BaFin sollen im Bereich des Verbraucherschutzes weiterentwickelt werden. So wollen wir u.a., dass die BaFin die tatsächliche Entwicklung der Anlageberatung und -vermittlung verfolgen und Fehlentwicklungen sanktionieren kann. Wir wollen, dass die BaFin den kollektiven Verbraucherschutz als Aufgabe bekommt.

Um das Vertrauen in den Finanzmarkt wieder herzustellen, ist eine wirksame Aufsicht heute genauso notwendig wie die Errichtung der Bankenaufsicht nach der Krise von 1931.

Einen Wächter für den Finanzmarkt einführen

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert einen „Finanzmarktwächter“ bei den Verbraucherzentralen und ihrem Bundesverband. Er soll den deutschen Finanzmarkt durch die Brille der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, Hinweise aus der Beratung systematisch erfassen und unlautere Praktiken aufspüren. Strukturelle Fehlentwicklungen und Missstände meldet er an die zuständige Finanzaufsicht, die daraufhin tätig wird. Der Finanzmarktwächter erfüllt damit eine Sensor- und Filterfunktion.

Darüberhinaus soll er Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und aufklären, damit sie finanzielle Fehlentscheidungen vermeiden. Durch Abmahnungen und Unterlassungsklagen hilft der Finanzmarktwächter, Verbraucherinteressen am Markt besser durchzusetzen.

Mit der Einführung des Finanzmarktwächters wollen wir die Arbeit der Verbraucherzentralen stärken sowie eine Online-Plattform schaffen. Um dies leisten zu können, müssen die Verbraucherverbände finanziell und personell besser ausgestattet werden.

Der Marktwächter Finanzen soll aus Zinserträgen der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz finanziert werden. Zum Aufbau des Stiftungskapitals sollen unter anderem Bußgelder aus Kartellverfahren sowie Mehreinnahmen aus der Veräußerung des Zweckvermögens der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank herangezogen werden.

Unabhängige Finanzberatung aufbauen

Finanzberatung auf Provisionsbasis ist wenig transparent. Die Bezeichnung „Berater“ suggeriert, dass dieser im Interesse des Kunden handelt. Es besteht die Gefahr, dass Finanzprodukte wegen der Provision verkauft werden und nicht, weil sie dem Bedarf der Kunden entsprechen. Die Wenigsten ahnen, dass die Provision bei einer Lebensversicherung zum Beispiel 2.500 Euro betragen kann. Deshalb wollen wir die Anbieter verpflichten, alle auf dem Markt verfügbaren Finanzprodukte und Versicherungen zu Netztarifen anzubieten. So wird erkennbar, wie viel der Finanzvermittler an dem Vertragsabschluss verdient.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die provisionsunabhängige Honorarberatung zu einer Alternative ausbauen. Dabei bezahlt der Kunde dem Berater ein Honorar. Ob und welchen Vertrag der Kunde abschließt, spielt dann keine Rolle mehr. Damit stellen wir sicher, dass die Beratung tatsächlich im Verbraucherinteresse erfolgt.

Honorarberater darf nur sein, wer sein Geld ausschließlich von Kunden bekommt, Qualifikationen vorweisen kann und über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügt.

Recht auf ein Konto für alle

Wer am sozialen und wirtschaftlichen Leben in unserer Gesellschaft teilnehmen will, benötigt den Zugang zu einem Konto. Ohne Girokonto und damit angewiesen auf die Verwendung von Bargeld können Bürgerinnen und Bürger nur schwer eine Wohnung und einen Arbeitsplatz finden, Steuern zahlen und staatliche Geldleistungen beziehen. Noch heute haben hunderttausende Menschen in Deutschland ungewollt kein Girokonto, obwohl die Kreditwirtschaft ihren Instituten bereits vor Jahren empfahl, jedem Interessenten ein Girokonto auf Guthabenbasis einzurichten.



Ohne Girokonto keine Arbeit, keine Wohnung, keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen deshalb ein Recht auf ein Girokonto auf Guthabenbasis erhalten.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb, dass das Recht auf ein Girokonto mit den üblichen Grundfunktionen (Entgegennahme von Gutschriften, Bareinzahlungen und -auszahlungen sowie die Möglichkeit der Überweisungen) für alle Bürgerinnen und Bürger gesetzlich festgeschrieben wird.

In vielen europäischen Ländern existieren bereits vergleichbare Regelungen. Deutschland muss hier endlich gleichziehen, auch weil mit einer EU-weiten Regelung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Überzogene Bankgebühren stoppen

Immer noch verlangen Banken von den Verbraucherinnen und Verbrauchern überhöhte oder auch versteckte Gebühren. Zum Beispiel dann, wenn jemand Geld von einem Bankautomaten eines Instituts abhebt, bei dem er selbst nicht Kunde ist.

Wir fordern deshalb, die Bankautomatengebühr auf maximal zwei Euro zu beschränken und vereinbarte Dispozinsen bei 8 Prozent über dem Basiszins zu deckeln. Aber auch die Preise anderer Dienstleistungen der Kreditinstitute stehen auf dem Prüfstand. Dies betrifft beispielsweise Pfändungsschutzkonten und Sicherungsmaßnahmen für Online-Banking-Angebote.

Wissen macht Verbraucher stark

Finanzanlageprodukte sind oft eine komplexe Angelegenheit. Eine Überflutung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit Produktinformationen, die meist schwer verständlich sind, hilft nicht weiter.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen lernen, dass die Chancen auf eine hohe Rendite mit dem Risiko der Finanzanlage steigen. Denn die Kombination aus hoher Rendite und niedrigem Risiko gibt es nicht. Gemeinsam mit den Bundesländern will die SPD-Bundestagsfraktion die auf dem Finanzmarkt nötige Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern. Wir wollen sie dabei unterstützen, mehr über den Umgang und die Bewertung von Finanzprodukten zu lernen. Wissen ist ein guter Schutz, um den angeblichen Vorteilen einer Anlageform auf die Schliche zu kommen. Nur so kann es gelingen, dass sich Anbieter und Kunden auf Augenhöhe begegnen können. Neben der schulischen Bildung wollen wir die Erwachsenenbildung und die betriebliche Bildung in diesem Bereich nutzen.



Besonders in der Finanz- und Wirtschaftskrise haben viele Verbraucherinnen und Verbraucher durch fehlerhafte Beratung, unfaire Vertriebsmethoden und kaum verständliche Erläuterungen der Finanzprodukte („Beipackzettel“) viel Geld verloren. Sie brauchen Unterstützung in der komplexen Welt der Finanzmärkte.

Wir wollen neue Strukturen schaffen, um Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu schützen. Wir brauchen Transparenz, damit jeder Interessent seine Finanzanlagemöglichkeiten verstehen kann, bevor er oder sie Geld investiert.

Mehr Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Insgesamt will die SPD-Bundestagsfraktion mit diesen Maßnahmen erreichen, dass die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich der Finanzdienstleistungen stärker berücksichtigt werden. Wir arbeiten daran, den Verbraucherschutz auf dem Finanzmarkt zu stärken.

Ausgewählte parlamentarische Initiativen:

- Antrag der SPD-Fraktion „Gesamtkonzept zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen vorlegen“ (Bundestagsdrucksache 17/2136)
- Antrag der SPD-Fraktion „Verbraucherschutz stärken – Finanzmarktwächter einführen“ (Bundestagsdrucksache 17/8894)

- Antrag der SPD-Fraktion „Verbraucherschutz stärken – Honorarberatung etablieren“ (Bundestagsdrucksache 17/8182)
- Antrag der SPD-Fraktion „Recht auf ein Guthabenkonto einführen – Kontopfändungsschutz sichern (Bundestagsdrucksache 17/7823)
- Antrag der SPD-Fraktion „Eine gesetzliche Obergrenze für verbrauchergerechte Dispositionsziinsen“ (Bundestagsdrucksache 17/10988)
- Entschließungsantrag der SPD-Fraktion zur dritten Beratung des Gesetzentwurfes zur Stärkung der Finanzaufsicht (Bundestagsdrucksache 17/11173)

- Kleine Anfrage der SPD-Fraktion: „Überhöhte Dispositionsziinsen für Verbraucherinnen und Verbraucher“ (Bundestagsdrucksache 17/4442)

- Kleine Anfrage der SPD-Fraktion: „Regulierung des Grauen Kapitalmarkts und Einfluss von Lobbyisten im Finanzsektor“ (Bundestagsdrucksache 17/4961)

Verbraucher auf dem Finanzmarkt stärken

Wir wollen ...

- ... eine wirksame Finanzaufsicht. Kein Akteur, kein Produkt und kein Markt darf mehr ohne Regulierung sein.
- ... den kollektiven Verbraucherschutz als Aufsichtsziel gesetzlich verankern
- ... einen Wächter für den Finanzmarkt einführen. Hierfür sollen die Verbraucherverbände finanziell und personell besser ausgestattet werden.
- ... die provisionsunabhängige Honorarberatung zu einer Alternative ausbauen.
- ... das Recht auf ein Girokonto für alle.
- ... überzogene Bankgebühren stoppen. Das Geldabheben bei fremden Kreditinstituten darf nicht mehr als zwei Euro kosten und vereinbarte Dispozinsen sollen bei 8 Prozent über dem Basiszins gedeckelt werden.
- ... die finanzielle Bildung der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
TEXT: KERSTIN TACK, MdB, DR. CARSTEN SIELING, MdB
REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL | STAND: OKTOBER 2012

FOTOS: © KLAUS VYHNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 2, 5, 7/8)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Verbraucher auf dem Finanzmarkt stärken

Anlegerinnen und Anleger schützen

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

